Datenschutzrichtlinie

für Geschäftskunden, Vertragspartner, Privatkunden und Mitarbeitende

1. Zweck und Geltungsbereich

Diese Richtlinie informiert über die Verarbeitung personenbezogener Daten durch die PROWERB GmbH und über die Rechte der betroffenen Personen nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). Zugleich verpflichtet sie Beschäftigte und Vertragspartner zur vertraulichen Behandlung personenbezogener und betriebsinterner Informationen, die ihnen im Rahmen der Zusammenarbeit zugänglich werden.

Soweit diese Richtlinie in die Auftragskommunikation einbezogen wird, gilt sie auch bei Auftragsannahme per E-Mail oder durch Leistungserbringung, sofern keine abweichende Vereinbarung getroffen wurde.

2. Verantwortlicher und Datenschutzbeauftragter

Verantwortlicher	Betrieblicher Datenschutzbeauftragter
PROWERB GmbH Medline-Straße 6-8 47533 Kleve E-Mail: info@prowerb.de Telefon: 02821-721827	Daseco GmbH RA Michael Bock, LL.M. Werkmeisterstraße 41 47877 Willich E-Mail: mb@ra-bock.de Telefon: 02154 481575

Interner Datenschutzkontakt: t.janssen@prowerb.de

3. Kategorien und Herkunft der Daten

Geschäftskunden und Vertragspartner

- Kontakt- und Identifikationsdaten von Ansprechpartnern
- Firmenname, Anschrift, Funktion und Abteilung
- Kommunikations-, Vertrags-, Auftrags- und Abrechnungsdaten

Mitarbeitende

- Stamm-, Kontakt- und Beschäftigtendaten
- Vergütungs-, Sozialversicherungs- und Bankdaten
- Berechtigungs-, Zeit- und erforderliche Leistungs-/Abrechnungsdaten

Privatkunden

- Anrede, Name, Anschrift und Kontaktdaten
- Liefer- und Rechnungsanschriften sowie Bestellhistorie
- Zahlungsdaten, soweit für die Abwicklung erforderlich

Datenherkunft: Die Daten werden grundsätzlich bei der betroffenen Person erhoben. Soweit erforderlich, können sie auch von Auftraggebern, verbundenen Unternehmen, Versand- und Logistikpartnern, Zahlungsdienstleistern oder anderen an der Vertragsabwicklung beteiligten Stellen übermittelt werden.

4. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Zweck der Verarbeitung	Rechtsgrundlage
Vertragsanbahnung und Vertragsdurchführung	Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO
Erfüllung gesetzlicher Pflichten, z. B. handels-, steuer- oder sozialrechtlicher Vorgaben	Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO
Wahrung berechtigter Interessen, z. B. IT-Sicherheit, Rechtsverteidigung und Prozessoptimierung	Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO
Einwilligungsbasierte Verarbeitungen, z. B. bestimmte Marketingmaßnahmen	Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO
Beschäftigtendaten, soweit für das Beschäftigungsverhältnis erforderlich	§ 26 BDSG i. V. m. Art. 6 DSGVO
Daten zu Straftaten nur im gesetzlich zulässigen Rahmen	Art. 10 DSGVO i. V. m. einschlägigem nationalem Recht

5. Speicherdauer

Personenbezogene Daten werden gelöscht oder anonymisiert, sobald sie für die jeweiligen Zwecke nicht mehr erforderlich sind und keine gesetzlichen Aufbewahrungs- oder Nachweispflichten entgegenstehen. Maßgeblich sind insbesondere handels- und steuerrechtliche Fristen sowie gesetzliche Verjährungsfristen. Konkrete Löschfristen werden in den jeweiligen Verarbeitungstätigkeiten festgelegt.

6. Empfänger personenbezogener Daten

Innerhalb von PROWERB erhalten nur diejenigen Stellen Zugriff, die die Daten zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen. Externe Empfänger können insbesondere Behörden und Sozialversicherungsträger, Kreditinstitute und Zahlungsdienstleister, IT- und Telekommunikationsdienstleister, Versand- und Logistikpartner, Berater sowie sonstige Auftragsverarbeiter sein. Eine Offenlegung erfolgt nur bei gesetzlicher Zulässigkeit, vertraglicher Erforderlichkeit oder wirksamer Einwilligung.

7. Drittlandübermittlungen

Es werden keine personenbezogene Daten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums verarbeitet.

8. Automatisierte Entscheidungen

PROWERB trifft keine ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung beruhenden Entscheidungen mit rechtlicher oder vergleichbar erheblicher Wirkung, sofern nicht im Einzelfall ausdrücklich hierüber informiert wird und die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

9. Rechte betroffener Personen

- Auskunft nach Art. 15 DSGVO
- Berichtigung nach Art. 16 DSGVO
- Löschung nach Art. 17 DSGVO
- Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DSGVO
- Datenübertragbarkeit nach Art. 20 DSGVO
- Widerspruch nach Art. 21 DSGVO
- Widerruf einer Einwilligung mit Wirkung für die Zukunft

Zur Ausübung dieser Rechte kann die betroffene Person den Verantwortlichen, den Datenschutzbeauftragten oder den internen Datenschutzkontakt anschreiben.

10. Beschwerderecht

Betroffene Personen haben das Recht, sich bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde zu beschweren. Dies gilt insbesondere, wenn sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt.

11. Pflicht zur Bereitstellung von Daten

Für die Begründung, Durchführung und Beendigung eines Vertrags- oder Beschäftigungsverhältnisses müssen diejenigen Daten bereitgestellt werden, die hierfür erforderlich sind oder zu deren Erhebung PROWERB gesetzlich verpflichtet ist. Ohne diese Daten kann der jeweilige Vertrag oder Prozess gegebenenfalls nicht durchgeführt werden.

12. Vertraulichkeit, Datenminimierung und Informationssicherheit

- Personenbezogene und betriebsinterne Informationen sind vertraulich und ausschließlich zweckgebunden zu behandeln.
- Zugriffe werden nach dem Need-to-know-Prinzip vergeben.
- Es sind nur die für den jeweiligen Zweck erforderlichen Daten zu verarbeiten.
- Technische und organisatorische Maßnahmen sind risikoorientiert festzulegen, zu dokumentieren und regelmäßig zu überprüfen.
- Beschäftigte werden zum Datenschutz und zur Informationssicherheit sensibilisiert.
- Die Vertraulichkeitsverpflichtung gilt auch nach Beendigung der Tätigkeit oder Zusammenarbeit fort.

13. Datenschutzvorfälle

Mögliche Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten sind unverzüglich an die Unternehmensleitung und den internen Datenschutzkontakt zu melden. Die Bewertung, Dokumentation und gegebenenfalls erforderliche Meldung an die Aufsichtsbehörde oder betroffene Personen erfolgt unter Einbindung des Datenschutzbeauftragten gemäß den gesetzlichen Vorgaben.

14. Straf- und Haftungsfolgen

Eine unbefugte Verarbeitung oder Weitergabe personenbezogener Daten kann datenschutzrechtliche, arbeitsrechtliche, zivilrechtliche und strafrechtliche Folgen haben. § 42 BDSG sieht für bestimmte vorsätzliche Verstöße Geld- oder Freiheitsstrafen vor.

15. Inkrafttreten und Dokumentenlenkung

Dokumentstatus	Freigegeben
Version	1.2
Stand	22.10.2026
Gültig ab	07.02.2025
Freigabe	Ppa. Thorben Janßen